

zeitung gegen den krieg

Nr. 41 Frühjahr 2018

Salisbury ist ein Test. Sarajewo war der Ernst.

Feindbild Russland. Oder: Wie Kriege im Kapitalismus entstehen



In der Bundesrepublik Deutschland scheinen Krise und Elend für viele weit entfernt. Oder in das abgeschottete, unmenschliche Hartz-IV-System gebannt. Der Zustrom von Flüchtlingen ging massiv zurück. 2017 ertranken 5000 Menschen. Nicht in der Ostsee. „Nur“ im Mittelmeer. Ein Krieg in Europa? Gar hierzulande? Für die Medien, die den Ton angeben, ist dies kein Thema. Selbst die Bundeswehrein-sätze im Ausland, die im Übrigen eine deutliche Mehrheit ablehnt, scheinen weit entfernt. Und dennoch ist die Einschätzung richtig: Es besteht ernsthaft die Gefahr eines großen Krieges, der dann auch Europa erfasst. Diese Gefahr wurde bereits 2014/15 mit der Ukraine-Krise deutlich. Damals spürten das viele Menschen und gingen auf die Straße. Seither wurde diese Gefahr erheblich größer. Bislang spüren das nur wenige. Dabei ist die Kriegs-gefahr umso größer, je kleiner die Friedensbewegung ist. (Siehe auch Gehrcke/Reymann Seite 6).

Wie ernst die Situation ist, zeigte in den letzten Wochen der Fall Skripal. Dabei liegt völlig im Dunkeln, was konkret am 4. März im britischen Städtchen Salisbury dem ehemaligen russischen Doppel-agenten Sergej Skripal und seiner Tochter Julia widerfuhr. Es gibt keine unabhängige Untersuchung. Keine eindeutigen Indizien. Die britische Regierung weigert sich, eine Probe des verwendeten Giftes der beschuldigten russischen Regie-

rung zu überstellen. Zwei wichtige Grundsätze werden außer Kraft gesetzt: „in dubio pro reo“, die strikt anzuwendende Unschuldsvormutung, solange es keinen Beweis gibt. Und „cui bono“ – Wem nutzt der Mordanschlag in Salisbury? Offensichtlich nicht Russland! (Siehe Spalte rechts)

Stattdessen entwickelte sich der „Fall Skripal“ zur West-Ost-Konfrontation. Die britische Regierung wies 23 russische Diplomaten aus. London, Brüssel, Paris, Berlin und Washington praktizieren den Schulterschluss. Neue Sanktionen gegen Russland sind angekündigt. Heiko Maas, der neue deutsche Außenminister, erklärte, alles deutet darauf hin, „dass es keine alternative plausible Erklärung dafür gibt, dass hier auch eine Mitverantwortung der russischen Seite besteht.“ Der Mann war Justizminister! Vor keinem seriösen Richter würde ein Staatsanwalt mit der Behauptung durchkommen: Wir haben zwar keinen Beweis, dass X der Mörder ist. Aber es gibt „keine plausible Erklärung für den Mord“. Die britische Regierung behauptet ernsthaft, der Mordanschlag in Salisbury sei ein „bewaffneter Angriff eines feindlichen Staates“, weswegen militärische Maßnahmen „zur Selbstverteidigung“ ergriffen und die Nato-Partner zur „Solidarität“ aufgefordert werden könnten. Es war dann eher Zufall und Glück, dass bei einem Treffen der EU-Außenminister am 19. März

der griechische und der österreichische Außenminister – aus höchst unterschiedlichen Interessenslagen heraus – eine direkte Schuldzuweisung an Moskau verweigerten. Noch gilt auf dieser EU-Ebene das Prinzip der Einstimmigkeit. Es gilt übrigens nicht mehr beim neuen EU-Hochrüstungspakt PESCO (siehe H. Hänsel, S. 6).

Erinnert sei an den 28. Juni 1914. Kaum jemand glaubte damals, dass die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand durch den 18jährigen bosnischen Serben Gavrilo Princip in Sarajewo, der Hauptstadt des von Österreich-Ungarn annektierten Bosnien und Herzegowina, den ersten großen Krieg mit 17 Millionen Toten auslösen würde, ein Weltkrieg, dessen Ende vor 100 Jahren wir in diesem Jahr begehen.

Salisbury = Sarajewo? Wohl (noch) nicht. Doch es war ein Test. Mit dem gezeigt wurde, wie weit die Kriegstreiber bereits gehen. Den Kriegstreibern wiederum wurde gezeigt, dass sie bereits *sehr weit gehen können*. Dabei geht es nicht allein darum, dass das Führungspersonal in London, Washington, Paris, Berlin und Brüssel zynisch und bereit zum Spiel mit dem Feuer ist. Es geht darum, dass dieses Personal letzten Endes nur scheinbar die große Politik bestimmt. Die Triebkräfte, die spätestens seit 2014 auf einen neuen großen Krieg orientieren, sind weit mächtiger und gefährlicher. Da ist *erstens*

Sevim Dagdelen

Deutsche Waffen für Erdogans Krieg

Seite 3

Jürgen Grässlin

Anstieg deutscher Rüstungsexporte

Seite 4

Michael Müller

Abrüsten! Für eine neue Friedensbewegung!

Seite 5

Heike Hänsel

EU als Aufrüstungsunion

Seite 6

W. Gehrcke / Ch. Reymann

Gefährliches Feindbild Russland

Seite 6

Ulrich Sander

Friedenspolitik & Bündnisse gegen rechts

Seite 8

Hallo Frau Theresa May! Da haben Sie sich aber ins Zeug gelegt – im britischen Unterhaus! Der Giftgaseinsatz in Salisbury sei als eine „illegale Gewaltanwendung des russischen Staates gegen Großbritannien“ anzusehen. Sie peitschten dabei die Emotionen so hoch, dass die Nachfragen von Jeremy Corbyn im Zischen und in Sprechchören der Tories untergingen. Sie berufen sich bei Ihren auf Moskau zielenden Beschuldigungen auf „Informationen unserer Geheimdienste“. Das ist famos – zumal, wenn es um Massenvernichtungswaffen geht! Es war doch Ihr Geheimdienst MI6 und dessen damaliger Chef Richard Dearlove, die 2002 die „Beweise“ dafür geliefert hatten, dass Saddam Hussein weiterhin im Besitz von Chemiewaffen sei. Das war dann der Vorwand für die britische Regierung, mit den USA den Angriffskrieg gegen den Irak zu führen. Jahre später erwies sich: Es gab keine Beweise; das „Beweismaterial“ bestand aus MI6-Fälschungen.

Hallo Mr. Boris Johnson! Sie erklärten auf dem Treffen der EU-Außenminister: „Das russische Leugnen wird immer absurder.“ Man müsse [bei den Russen] „die Stecknadel der Wahrheit in einem Heuhaufen aus Lügen suchen“. Ist es nun auch nur eine „Stecknadel der Wahrheit“, dass sich in Porton Down, unweit von Salisbury, eine geheime britische Forschungsanlage zur Analyse von Kampfstoffen befindet? Verfügen nicht britische und US-amerikanische Dienste über just das in Salisbury angewandte Nervengift Nowitschok? Führt dabei der Weg der Erkenntnis nicht nach Usbekistan, wo 1999 US-Experten eine ehemalige sowjetische Forschungseinrichtung außer Betrieb nahmen, die just dieses Nervengift im Bestand hatte? Trifft es nicht zu, dass Skripal engen Kontakt zur privaten Geheimdienstorganisation Orbis hatte? Dass Orbis mit dem Ex-MI6-Agenten Christopher Steele die Dossiers bereit stellte, mit denen behauptet wird, Russland habe zugunsten von Trump in den US-Wahlkampf eingegriffen? Das ist alles auch in englischer Sprache nachlesbar; hier auf deutsch: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=42924>

Hallo Mrs. May, hallo Mr. Johnson, bonjour Monsieur Barnier! Das ist aber toll, dass Sie sich in Sachen Brexit jetzt doch weitgehend geeinigt haben! Zufällig vor dem Hintergrund der Salisbury-Affäre und praktischerweise als es darum ging, gemeinsam als Kriegstreiber aufzutreten. Wie sagt man in Paris? Honi soit qui mal y pense! Monsieur Barnier – polyglott wie Sie sind, würden Sie dies bitte für Mrs. May und Mr. Boris ins Englische übersetzen!

Behauptungen & Antworten

Handel – Handelskrieg – Krieg



Die jüngsten Maßnahmen der US-Regierung, Strafzölle zu erheben, stießen im scheinbar „aufgeklärten“ Europa auf Kritik. In den hierzulande vorherrschenden Medien wird so getan, als dominierten in der EU die Vernunft und das Ja zum Welthandel. Wohingegen Trump unzurechnungsfähig sei. Wir untersuchen diese gängigen Behauptungen – und halten mit Argumenten dagegen.

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Bärbel Schindler-Saefkow Berlin · Laura von Wimmersperg Berlin und Winfried Wolf Berlin. Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Verantwortlich für die Redaktion und im Sinne des Presserechts Dr. Winfried Wolf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter (Stuttgart) · Antikriegsforum Ludwigshafen · AG Frieden Trier · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario, Berlin · Willi Hoffmeister, Sprecher des Ostermarsches Ruhr · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Kampagne Krieg beginnt hier · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiativ Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) · Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ, Köln · DIE LINKE (ParteiVorstand)

Titelgrafik & Gestaltung Joachim Römer

Redaktions- & Vertriebsadressen Postanschrift BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf

E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de
Fax 030 - 227 76 179 oder Tel. 030 - 227 73 179 (MdB-Büro H. Hänsel)

Bezugspreise & Konto

Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten:

von 1 bis 99 Ex = 25 Cent je Exemplar
ab 100 Ex = 15 Cent je Exemplar
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Spenden & Konto

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedensinitiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind entsprechend steuerlich abzugsfähig. Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66 BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881

Behauptung 1 Trump benimmt sich mit seinen Forderungen nach Strafzöllen wie ein Elefant im Porzellanladen. Der Mann ist nicht zurechnungsfähig.

pingpreisen überschwemmt. Ein großer Teil davon kommt aus China. Dagegen schützt sich auch die EU mit Zöllen. Vergleichbares gilt für

Antwort In Wirklichkeit stimmt, was jüngst der US-Handelsminister Wilbur Ross sagte: „Wir befinden uns seit einiger Zeit im Wirtschaftskrieg. Der Unterschied ist nur, dass nun auch die US-Truppen gegen die Festungen antreten.“ Natürlich lässt sich darüber streiten, was Henne, was Ei ist. Doch unbestreitbar wird seit Jahren der Weltmarkt mit Stahl zu Dum-

Solarmodule aus China, die in der EU bereits 2013 mit „Antidumpingzöllen“ belegt wurden. Teilweise sind die USA bislang auch liberaler als die EU. Autos aus den USA werden in der EU mit 10 Prozent Zoll belegt, doch EU-Autoexporte nach den USA nur mit 2 Prozent. Das ist schlicht Kapitalismus pur. Es gibt Freihandel und Protektionismus neben einander. Es geht um Machtkampf. Im Handel steckt immer auch der Handelskrieg.

Behauptung 2 Es gibt einen Widerspruch zwischen Handel und Krieg. Je mehr Freihandel, desto mehr Sicherheit vor Krieg, ja Frieden.

Antwort Es war Thomas Friedman, der Berater der damaligen US-Außenministerin Madeleine Albright, der das Verhältnis von Handel und Rüstung Ende der 1990er Jahre genial auf den Punkt brachte: „McDonalds kann wirtschaftlich keinen Erfolg haben ohne McDonnell-Douglas, den Hersteller des [US-Kampfflugzeugs] F15.“ Die Hochrüstung der USA seit mehr als 70 Jahren hat exakt damit zu tun, dass die USA die in der Welt vorherrschende Kapitalmacht sind. Und die Aufrüstung der EU und von China hat damit zu tun, dass diese Regionen die USA auf Platz 1 ablösen wollen.

Im übrigen hat Trump jetzt höchst praktisch eine Verbindung hergestellt zwischen Freihandel und Rüstung. Er verlangt von den EU-Mitgliedstaaten „klare Beweise“ für mehr Rüstungsausgaben. Dann würden die Strafzölle sie nicht treffen. Gleichzeitig verlangt er, dass die EU hohe Strafzölle auf chinesischen Stahl erhebt. Mit beiden Maßnahmen verstärkt sich die Kriegsgefahr. Im Fall der ersten gilt: Nach Rüstung kommt Krieg. Im Fall der zweiten Maßnahme drohen massive Gegenmaßnahmen von Peking. Die wiederum die Weltwirtschaft in eine Krise mit nicht kalkulierbaren sozialen und militärischen Folgen stürzen könnten.

Behauptung 3 Es gibt aufgeklärte Unternehmer, die Trump in die Schranken weisen werden. Beispielsweise die IT-Bosse. Diese sind schließlich auf freien Handel angewiesen.

Antwort Die IT-Bosse waren vor und direkt nach den US-Wahlen tatsächlich Anti-Trump. Doch das differenziert sich zunehmend aus. Tesla-Boss Elon Musk zum Beispiel

hat sich längst an Trump ange-schleimt. Alle US-Bosse und Wall Street bejubeln die Trump'sche Steuerreform. Im Kongress finden die Strafzölle – also der Handelskrieg – viel Unterstützung bei den Demokraten. Die wiederum und Hillary Clinton hatten vor Trumps Wahl die Unterstützung der IT-Branche und von Wall Street. So schnell kann es gehen.

Behauptung 4 Die Globalisierung ist so stark, die Weltwirtschaft derart verflochten, dass ein echter Handelskrieg und dann gar noch ein großer Krieg zwischen den großen kapitalistischen Mächten heute undenkbar sind.

Antwort Genau das war die Lage im Zeitraum 1890 bis 1914. Es gab damals eine gewaltige Welle der Globalisierung. Die großen Kapitalmächte verfügten auch über gigantische Kolonien, weswegen sie militärisch enorm verwundbar waren. Auch das Deutsche Reich war stark exportabhängig – und in den eigenen Kolonien verwundbar. Dennoch kam es zum Krieg. Dieser wurde von der führenden deutschen Kapitalisten gefordert und dirigiert; die These von den „Schlafwandlern“ (Christopher Clark) vernebelt die Gehirne. Walther Rathenau beispielsweise kommandierte vor dem Ersten Weltkrieg AEG, einen stark vom Export abhängigen Elektrokonzern. Er plädierte vor 1914 gegen einen Krieg und für die Eroberung durch Exporte: „Es bleibt eine letzte (!) Möglichkeit [anstelle eines Krieges; d.Red.]: Die Erstrebung eines mitteleuropäischen Zollvereins, dem sich wohl oder übel, über kurz oder lang, die westlichen Staaten anschließen würden.“

Als dann Berlin und Wien den Weltkrieg vom Zaum gebrochen hatten, schrieb derselbe Rathenau bereits im August 1914 eine „Kriegszielenkschrift“, in der er als Resultat eines militärischen Siegs eine Art Europäische Union mit einem engen Bündnis zwischen Berlin und Paris skizzierte. Er schrieb: „Unter diesen Umständen erscheint es als der stärkste Umschwung unserer Politik, wenn wir Frankreich zu einem freiwilligen Frieden gewinnen. [...] Das Endziel wäre der Zustand, der allein ein [sinnvolles] künftiges Gleichgewicht Europa bringen kann: Mitteleuropa geeinigt unter deutscher Führung – gegen England und Amerika einerseits, gegen Russland andererseits politisch und wirtschaftlich gefestigt. [...] Es ist die deutsche Aufgabe, den alteuropäischen Körper zu verwalten und zu stärken.“ Nach dem Krieg war Rathenau als Industrieller wieder auf Export und als Reichsaußenminister auf friedlichen Ausgleich orientiert. Weswegen er 1922 von Rechtsextremen ermordet wurde.

+++ aktiv gegen krieg +++

Ostermarsch
gestern – heute –morgen

Die Ostermärsche der Friedensbewegung – eine Tradition – die mittlerweile eine „Jahrtausendgrenze“ überschritten hat. 1958 in England gegen den Atomtod geboren und 1960 in die Bundesrepublik „importiert“, entwickelten sie sich bald zu Massendemonstrationen. Ausgehend vom „Kampf gegen die Bombe“ über die „Kampagne für Abrüstung“ entstand ab 1968 die Kampagne „Für Demokratie und Abrüstung“. Die Protestform der Ostermärsche überzog jährlich die gesamte Fläche der Bundesrepublik und wurde zur größten Friedensaktion an einem Wochenende. Auch wenn in den 1970er Jahren mit der Entspannungspolitik der sozialliberalen Regierung Brandt es ein Abflauen gab, brachte die Regierung Schmidt mit dem „NATO-Doppelbeschluss“ die Ostermärsche wieder zur Höchstform. Der Krefelder Appell unter der Überschrift: „Der Atomtod bedroht uns alle – keine Atomraketen in Europa“, mit seinen rund 5 Millionen Unterschriften und die Bonner Friedensversammlung am 22. Oktober 1983 mit rund 500 000 Menschen waren herausragende Momente der 1980er Jahre. Wichtig: Obgleich die Ostermarschbewegung den Frieden ins Zentrum stellte, waren sozialpolitische Themen immer Teil des Forderungskatalogs.

Die Kernforderung der Ostermärsche 2018 „Abrüstung statt Aufrüstung“ bestätigt „Butter oder Kanonen“!

Willi Hoffmeister. Erstmals beim Ostermarsch 1961 dabei. 2018 natürlich wieder.

Straße nach
Widerstandskämpfern benannt

Im Bremer Stadtteil Blumenthal gab es einen langen, am Ende erfolgreichen Kampf zum Gedenken an zwei kommunistische Widerstandskämpfer. Der *Weser-Report* vom 18.3.: „Eine Initiative um Gerd-Rolf Rosenberger hat die Schilder [mit den Namen der beiden Widerstandskämpfer] eigenmächtig an zwei Grünwegen aufgestellt. [...] Das Amt für Straßen und Verkehr hat die Schilder schließlich abgenommen. [...] SPD und Grüne in Blumenthal haben auf der jüngsten Sitzung des [dafür zuständigen] Beirats einen Antrag zur Straßenbenennung eingereicht. Demnach sollen zwei Wege nach den Blumenthaler Bürgern Leo Drabent und Hans Neumann benannt werden. Die beiden Widerstandskämpfer wurden aufgrund ihrer politischen Überzeugung 1944 hingerichtet.“ Der Antrag wurde mit 7:6 angenommen.

Rosenberger in einem Leserbrief: „Drei Monate lang wurde der kommunistische Widerstand unserer Genossinnen und Genossen der KPD öffentlich thematisiert, im Fernsehen, in der taz und der bürgerlichen Presse. Über 180 Menschen sprachen uns bisher an und zeigten ihre Solidarität!“ Man werde jetzt „solange vor jeder Beiratssitzung in Bremen-Blumenthal eine einstündige Mahnwache mit eingerahmten Bildern von Leo und Hans“ abhalten, bis der Beschluss umgesetzt ist.

+++ engagiert für den friedem +++

Anzeige

„Natürlich gehe ich in diesem Jahr zum Ostermarsch, denn er macht bundesweit Druck für Frieden, Abrüstung und für eine neue Entspannungspolitik.“

Ekkehard Lentz
Bremer Friedensforum



Ramstein, Rheinland-Pfalz: Schaltzentrale für den weltweiten Drohnenkrieg der USA

Karl-Heinz Peil

Der Protest gegen Militärbasen hat in Deutschland eine lange Tradition. Historisch und berühmt ist die 108 km lange Menschenkette, die auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung, am 22. Oktober 1983, von 400.000 Menschen gebildet wurde. Sie reichte von den Patch Barracks in Stuttgart, dem Sitz des US-Oberkommandos EUCOM, bis nach Mutlangen als Stationierungsort für Atomraketen. Nach 1990 schrumpfte zwar die Anzahl von Militärbasen in Deutschland. Allerdings gab es auch die beträchtliche Aufwertung der verbliebenen Standorte. Diese sind heute vor allem in der Großregion Kaiserslautern konzentriert.

Der bereits früher vorhandene Widerstand hiergegen hat sich vor allem gegen die Nutzung der Air Base Ramstein als Relaisstation im US-Drohnenkrieg entwickelt. Dabei spielten die 2013 erfolgten Enthüllungen von Edward Snowden eine besondere Rolle. Erst die flächendeckenden NSA-Abhörpraktiken ermöglichen schließlich die Lokalisierung von Menschen für gezielte Tötungen durch Kampfdrohnen. Als zweiter Whistleblower präsentierte dann der frühere Drohnenpilot Brandan Bryan die technische Funktion von Ramstein. Er berichtete darüber u.a. im Oktober 2015 im NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestags.

Dieses waren die Anstöße zur Ramstein-Kampagne, dessen Grundlage ein Aufruf mit Prominenten vom Juli 2015 ist. Darin werden neben dem US-Drohnenkrieg mit Schaltzentrale Ramstein auch das dortige NATO-Hauptquartier AIRCOM und die US-Kriegslogistik thematisiert. Darüber hinaus wird in dem Aufruf gefordert, auf die Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr zu verzichten und Kampfbomber im Militär zu ächten. Dies erlangte jetzt wieder Aktualität.

Ende 2016 gestand die Bundesregierung ein: Ja, sie erhielt offizielle Kenntnis über die Funktion von Ramstein. Allerdings gilt das Prinzip der drei Affen: Nichts sehen. Nichts hören. Nichts sagen.

In den letzten beiden Jahren erhielt der Widerstand gegen Ramstein durch Menschenketten rund um die US Air Base mit jeweils bis zu 5000 Personen medial große Aufmerksamkeit. Langfristig wichtig ist die internationale Vernetzung mit der Friedensbewegung anderer Länder

mit US-Militärbasen. Natürlich gehört dazu auch die US-Friedensbewegung selbst. Diese befasste sich Anfang dieses Jahres auf einem internationalen Kongress mit den etwa 800 weltweiten US-Militärstützpunkten, welche allein ein Viertel der US-Militärausgaben verschlingen. Bei den Aktionstagen 2017 gab es bereits einen internationalen Kongress „Militärbasen und ihre geostrategische Bedeutung für weltweite Kriege“. Dazu wurde mittlerweile eine Broschüre mit 20 Einzelbeiträgen veröffentlicht. Beispielhaft der Vortrag aus Japan. Auf Okinawa demonstrierten im Juli 2016 rund 65.000 Menschen gegen die US-Militärpräsenz. Auslöser waren wiederholte Vergewaltigungen durch US-Soldaten, die sich dort in einem weitgehend straffreien Raum bewegen. Der kontinuierliche Widerstand selbst richtet sich aktuell gegen die massive Umweltzerstörung durch die Verlegung des US-Luftstützpunktes in die Küstenregion Henoko. Der hierzulande andauernde Widerstand gegen Stuttgart 21 lässt grüßen.

Auch für die Militärregion Kaiserslautern werden Umweltfragen immer wichtiger. Wahrgenommen werden der Fluglärm und die vertuschten Umweltbelastungen durch Schadstoffe wie z.B. Kerosin in Luft, Boden und Grundwasser. Es kommt zunehmend zum Schulterschluss zwischen Friedens- und Umweltbewegten.

Die Aktionstage 2018 vom 23. Juni bis 1. Juli sind wie in den Vorjahren eine Kombination von Camp, Kulturveranstaltungen, Diskussionsrunden, Vortragsveranstaltungen und – last not least – Demonstration und Kundgebung an der Air Base. Die internationalen Kontakte werden fortgesetzt, diesmal mit einer größeren Delegation aus den USA. Neu bei den Aktionstagen 2018 ist die mehrtägig angelegte Friedenswerkstatt: eine Kombination von Vorträgen und offenen Diskussionsrunden, natürlich auch zu kontroversen Fragen innerhalb der Friedensbewegung.

Fest steht: Eugen Drewermann wird auf der Abschlusskundgebung reden. Seine Rede bildete auch im letzten Jahr bei der Freitagabend-Veranstaltung in der Versöhnungskirche Kaiserslautern den emotionalen Höhepunkt.

Weitere Infos unter www.ramstein-kampagne.eu

Karl-Heinz Peil ist einer der Sprecher von: Bundesausschuss Friedensratschlag

+++ aktiv gegen krieg +++ engagiert für den frieden +++

Friedensarbeit im katholisch geprägten Dülmen

Herbst 2016 wurde bekannt, dass die US-Army in den Tower Barracks Dülmen ein Waffendepot für eine Kampfbrigade mit 4.200 Soldaten für den Einsatz im Baltikum einrichtet; gleiche US-Depots gibt es in Zutendaal/B und Kerkrade-Eygelshoven/NL. Im Münsterland gab es vorher wenige aktive Friedensinitiativen – so in Nottuln und Münster. Im Juli 2017 gründeten sich „Die Friedensfreunde Dülmen“ (FFD) als Verein. Seit Dezember als gemeinnützig anerkannt.

Aktion war das erste Wort: Im März 2017 erinnerten wir an die Zerstörung Dülmens durch alliierte Luftangriffe vor 72 Jahren. Ostern demonstrierten wir vor dem US-Depot. Im Mai referierte Wolfgang Richter von der OSZE über die größte Sicherheitskrise seit der

NATO-Osterweiterung. Wir unterstützten die DFG-VK-Friedensradtour im August. Mächten Infostände, Bürgeranträge.

Seit es das US-Depot gibt, wird es in Friedensfragen nicht mehr ruhig in Dülmen. Wir treten öffentlich auf. Wir scheuen keine Diskussion. Anfangs warf man uns Antiamerikanismus vor. Diese Vorwürfe sind verstummt. Wir reden mit allen – auch mit der Handvoll US-Militärs, die im Depot arbeiten. Im Oktober trat die Stadt Dülmen dem Bündnis „Mayors for peace“ bei. Am 22.3. gedachten viele erneut der Zerstörung Dülmens. Was wir nun jährlich wiederholen. Ostermontag: eine Blockade des Waffendepots. Wir suchen bei lokalen Themen das Friedensthema, achten auf Präsenz in der Lokalpresse und in sozialen Netzwerken. Die FFD verstehen sich als Bewegung. Jede Initiative ist willkommen.

Michael Stiels-Glenn
Siehe: <https://www.friedensfreundueduelmen.eu/>

+++ engagiert für den frieden +++ aktiv gegen krieg +++

Gefährliche Militärachse Berlin-Paris stoppen!

Claudia Haydt

Arbeitslosigkeit, Rassismus und Abschottung, das ist ganz nüchtern betrachtet die Bilanz der EU-Politik in den letzten Jahre. Gleichzeitig bietet die Union in ihrer jetzigen Form zu viele Vorteile für die Wirtschaftseliten der großen EU-Länder, um sie leichtfertig aufzugeben. Repräsentanten aus Paris, Berlin und Brüssel bemühen sich deswegen um Dynamik. EU-Integration im Sozialbereich? Fehl-anzeige! Was wirklich gut funktioniert ist die Militärkooperation. Mit PESCO wurde die Grundlage für eine Militärunion und auch eine zukünftige EU-Armee gelegt. Die Rüstungsindustrie freut es. (Siehe S.6) Die Militarisierungsträume gehen noch weiter: Macron präsentierte seine Idee einer neuen postkolonialen Interventionsarmee. Seine „European Intervention Initiative“ soll eine schlagkräftige und schnelle multinationale Einsatztruppe bilden, die nach dem Willen der französischen Regierung außerhalb von NATO und EU (und außerhalb des Grundgesetzes) zum Einsatz kommen könnte. Als Partner wünscht er sich u.a. Deutschland und Großbritannien, das dann trotz Brexit Teil eines europäischen Machtblocks bliebe. Von der Leyen und Merkel haben diese Idee grundsätzlich begrüßt. In der deutschen Debatte geben sie sich zwar zurückhaltend, dennoch erhält diese Militärkoalition der Willigen bereits mediale Schützenhilfe. Schließlich wäre es aus Sicht mancher Schreiberlinge schlecht, wenn Deutschland immer als „Zögerer und Zauderer“ dastehen würde. Doch genau dies ist nötig: Das Nein zu europäischen Militär(alb)träumen. Ein Ja zu sozialer Gerechtigkeit.

Sozialökologischer Umbau gehört zur Friedensbewegung

Sabine Leidig

Kriege um Öl wurden schon viele geführt. Auch um Metalle, die für Handys und Computer unentbehrlich sind, wird heute erbittert gekämpft. Um Wasser, um Ackerboden – kurz: um endliche Ressourcen. Das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell des „immer mehr, immer schneller, immer billiger“ treibt zu Raubbau an der Natur, zu Verelendung, zu Krieg und Gewalt. Es geht nicht mehr um Eroberungen, es geht um Verteilungskämpfe und Rohstoffsicherung. Oder um „Energieaußenpolitik und Energiesicherheit“. Beide Begriffe prägen die außenpolitische Agenda der Bundesregierung. Finanzielle Einflussnahme in ressourcenliefernde Länder spielt dabei eine größere Rolle als militärische. Im Ergebnis sterben Menschen durch Stellvertreterkriege, durch Hunger, Seuchen, Vertreibung, Wassermangel oder Ertrinken im Mittelmeer. Nachhaltig stehen jedem Menschen pro Jahr 6 Tonnen Rohstoffe zur Verfügung. In Deutschland liegt der Verbrauch bei 40 Tonnen! Aber wer denkt schon beim Tanken an die Toten im Irak? Ob wir wollen oder nicht: unsere „imperiale Lebensweise“ geht systematisch auf Kosten anderer und heizt Ressourcenkonflikte an. Deshalb müssen wir den Kampf gegen Krieg verbinden mit dem Ringen um Auswege, um sozialökologische Transformationen; um „genug für alle“ – nicht zu wenig und nicht zu viel.

Rüstungsexporte verbieten!

Sevim Dagdelen

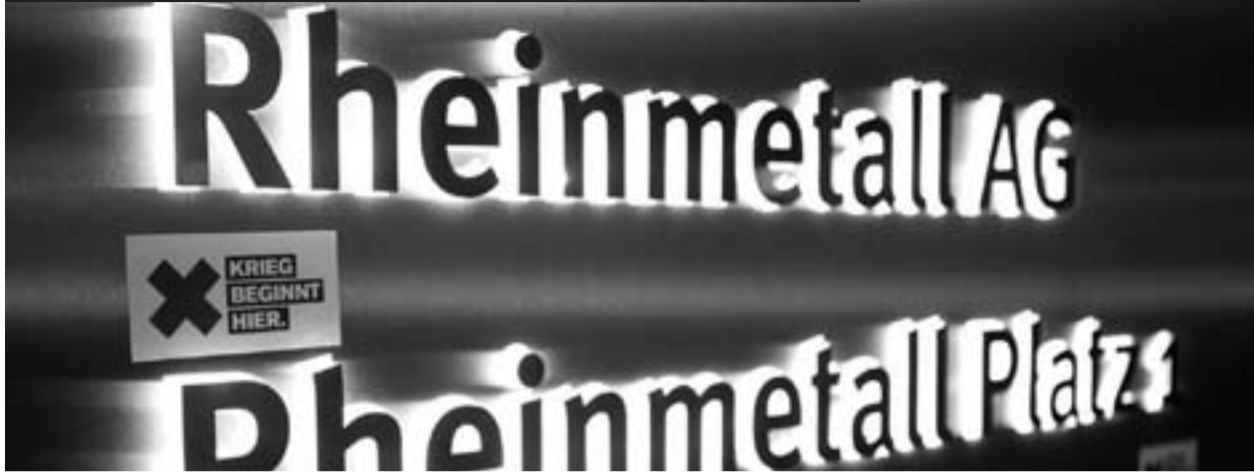
Die Bundesregierung bleibt willige Erfüllungsgehilfin deutscher Rüstungskonzerne. Drei Beispiele: Unter Angela Merkel und Sigmar Gabriel sind die Waffenexporte von 2013–2017 um 21 Prozent auf über 25 Milliarden Euro gestiegen. Die Ausfuhren in den Nahen Osten wurden mehr als verdoppelt. Zu den Hauptempfängern gehören neben Ägypten Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate, die den Jemen in die Steinzeit bombardieren und islamistische Terrorgruppen in Syrien aufrüsten. Zweitens: Im vergangenen Jahr wurden an Entwicklungsländer Rüstungsexporte im Wert von über einer Milliarde Euro genehmigt. Das ist so viel wie zuletzt 2008. Das letzte aber, was Länder brauchen, die von Armut, Unterernährung, Hunger, mangelhafter Gesundheitsversorgung, einer hohen Kindersterblichkeitsrate, hoher Arbeitslosigkeit und mangelhaften Bildungsmöglichkeiten geprägt sind, sind noch mehr Waffen.

Drittens: Während der türkische Präsident Erdogan zum Jahreswechsel den völkerrechtswidrigen militärischen Einmarsch ins syrische Afrin vorbereitet hat, erteilte die Bundesregierung praktisch täglich Genehmigungen für Rüstungsgüter in die Türkei. Das Okay für 31 neue Waffendeals erfolgte vermutlich auf dem Rücken und gegen den Willen der in zeitlicher Nähe freigelassenen deutschen Journalistin Mesale Tolu und des Welt-Korrespondenten Deniz Yücel, die Erdogan im vergangenen Jahr als Geiseln genommen hatte.

Alle 14 Minuten wird ein Mensch auf dieser Welt mit einer deutschen Waffe getötet. Damit muss Schluss sein. Machen wir Druck für ein Verbot von Waffenexporten!

Claudia Haydt, Mitglied des Vorstands der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. · Sabine Leidig ist Beauftragte für soziale Bewegungen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag · Sevim Dagdelen ist stellvertretende Vorsitzende und abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Die Profiteure der Kriege stoppen!



Deutsche Waffen töten im Ausland – mehr als je zuvor

Interview mit Jürgen Grässlin

Wie lautet die Botschaft des neuen Koalitionsvertrages zum Rüstungsexport?

Jürgen Grässlin: Einmal mehr verheißt die Botschaft eines Koalitionsvertrages nur vermeintlich Gutes.

So versprechen CDU/CSU und SPD: „keine Rüstungsexporte in Krisenregionen“, „eine restriktive Rüstungsexportpolitik“ und „Wir schränken die Rüstungsexporte für Drittländer weiter ein“.

Glauben schenken darf man Worten nicht. Die letzte Große Koalition

hatte auch eine Trendwende versprochen. Stattdessen steigerten die im Bundessicherheitsrat (BSR) verantwortlichen Angela Merkel und Sigmar Gabriel die Rüstungsexport-Genehmigungen für Einzel- und Sammelausfuhren im Rekordjahr 2015 auf unglaubliche

12,81 Milliarden Euro. Selbst besagte Rüstungstransfers in Drittländer (außerhalb der EU, NATO und NATO-assoziierten Staaten) wurden massiv ausgebaut – sie umfassten zuletzt mehr als 60 Prozent der Gesamtexporte. De jure liegt hier permanenter Rechtsbruch der neun BSR-Mitglieder vor.

„Ab sofort“ sollen keine Ausfuhren an Länder genehmigt werden, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.

Diese Vorgabe wurde windelweich gespült. Die ursprüngliche Formulierung hatte vorgesehen, alle Rüstungsexporte der Jemen-Krieger – wie z.B. Saudi-Arabien, die VAE und Ägypten – und deren Unterstützer – USA, Großbritannien etc. – zu stoppen. Achtung: auch Altaufträge. Doch trotz des Massenmordes mit deutschen Waffen im Jemen dürfen Altaufträge nunmehr abgewickelt werden. Und die USA und Großbritannien sind mit der Formulierung des Koalitionsvertrages ganz raus.

Demnach ist der Einsatz deutscher Kriegstechnologie im Jemenkrieg und im Irakkrieg weiterhin möglich?

Vorerst ja! Weiterhin schießen türkische Streitkräfte mit Leopard-2-Kampfpanzern von Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall auf Kurden in Afrin in Nordsyrien, vielfach Zivilbevölkerung. Noch nach Beginn dieser völkerrechtswidrigen Militärintervention wurden zwanzig Exportgenehmigungen für deutsche Rüstungsgüter an die Türkei erteilt. Die Eurofighter-Kampflugzeuge von Airbus werden im Jemenkrieg ebenso gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Die Firmen sind die wahren Profiteure der Kriege. Wer Rüstungsexporte an kriegführende Staaten genehmigt, macht sich – wie die Bundesregierung – schuldig am massenhaften Morden mit diesen deutschen Kriegswaffen. Wäre dies möglich, würde ich sofort Strafanzeige stellen.

Wie bewertest du den aktuellen Rüstungsexportbericht von SIPRI vom März 2018?

Weltweit hat sich der Trend verstetigt: Der internationale Waffenhandel wächst seit 2002 wieder deutlich. Allein vom Fünfjahreszeitraum 2013 – 2017 wurde der weltweite Waffenhandel gegenüber 2008 – 2012 um weitere zehn Prozent gesteigert. Deutsche Firmen wie Rheinmetall profitieren mit ihrer Strategie der Auslandverlagerung voll von dieser Entwicklung. Um die Manager und Politiker des Todes zu entlarven, werden wir am 5. April in Berlin das *GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE* gründen. Wir suchen weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter! (Siehe www.gn-stat.org)

Wie geht es weiter mit „Aktion Aufschrei“ und euren Aktionärsprotesten?

Am 21. Mai starten wir in Oberndorf (bei Mauser/Rheinmetall und Heckler & Koch) den Staffellauf gegen Rüstungsexporte FRIEDEN GEHT, der über mehr als 1000 Kilometer nach Berlin führt. Hier werden wir politischen Entscheidungsträgern unsere Botschaft übergeben: Stoppt den Waffenhandel! Macht mit! (Siehe www.frieden-geht.de) Auf den Hauptversammlungen der Rheinmetall AG am 8. Mai und von Heckler & Koch (im Sommer) werden wir die Händler des Todes massiv angehen. An den 25 Verhandlungstagen gegen H&K-Manager wegen der illegalen G36-Sturmgewehrexporte nach Mexiko werden wir Prozessbeobachtung organisieren. (Siehe www.rib-ev.de)

Das Interview führte für ZgK Reiner Braun. Der Buchautor und Friedensaktivist Jürgen Grässlin ist u.a. Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). Kontakt: E-Mail: graesslin@dfg-vk.de · Weitere Informationen [siehewww.juergengraesslin.com](http://www.juergengraesslin.com) und www.dfg-vk.de

+++ aktiv gegen krieg +++ engagiert für den frieden +++

Büchel unterm Friedensnobelpreis-Stern

Unsere 20-wöchige Aktionspräsenz am Atomwaffen-Stützpunkt Büchel beginnt auch 2018 wieder am 26. März und wird am 9. August, am Gedenktag des Atombombenabwurfes auf die japanische Stadt Nagasaki, enden. Dieses Jahr steht unter dem besonderen Stern: Als Teil des ICAN-Netzwerkes (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) erhielt auch unsere Kampagne diese Auszeichnung.

Unser Kampagnen-Koordinator Roland Blach und ich nahmen am 10. Dezember an den Feierlichkeiten in Oslo teil. Der Preis ist eine klare Verurteilung aller Atommächte, auch aller NATO-Länder, die sich

fügungsgewalt darüber von niemandem anzunehmen – weder unmittelbar noch mittelbar. Der Internationale Gerichtshof hat Atomwaffen am 8. Juli 1996 für völkerrechtswidrig erklärt. Mit der „Nuklearen Teilhabe“ werden diese Verpflichtungen gebrochen. Am 7.7.2017 stimmten 122 Staaten für ein UN-Atomwaffen-Verbot.

Aktionspräsenz 2018 – 20 Wochen gegen 20 Atombomben

In den 20 Wochen werden viele Gruppen Aktionen in Büchel durchführen. Jede Gruppe handelt selbstverantwortlich und im Rahmen unseres gewaltfreien Aktionskonsenses. Mindestens ein Kampagnen-Mitglied empfängt und begleitet ankommende Gruppen und Einzelpersonen. Die letzten zwei Monate soll es durchgängig ein Camp beim Haupttor geben.

Aktionsformen: Mahnwachen, Kleinkunst, Gottesdienste, Geburtstagsfeiern, Musikveranstaltungen, Sitzblockaden, Go-Ins und vieles mehr. Wichtig: Bitte plant für eure Aktion möglichst zwei Tage ein! Öffentlichkeitsarbeit: Denkt bereits bei der Planung an die Pressearbeit und an die sozialen Medien! Berichtet auch zu Hause ausführlich über eure Aktion. An der Straße zum Haupttor ist die „Friedenswiese“. Dort stehen und hängen bereits viele Friedenssymbole. Geplant wird wieder ein großes Friedenskonzert vor dem Haupttor.

Auch dieses Jahr werden in der Internationalen Woche wieder Aktive aus den USA nach Büchel kommen. Sie wollen gemeinsam mit Aktiven aus Holland, Belgien, Frankreich, Italien und uns für die Verhinderung der neuen B61-12 Atombomben streiten.

Termine unterschiedlicher Gruppen, für die ihr euch anmelden könnt:

26.3. Auftakt (Montag) · 26.-30.3. Mahnwache mit Kreuz · 2.4. Ostermarsch Büchel · 16.-23.6. IPPNW-Woche / Camp · 24.6. und 7.7. Friedensgottesdienste · 10.-18.7. International Action Camp · 18.-22.7. DKP · 27.7.-29.7. Yoga · 6.8. Hiroshima- und 9.8. Nagasaki-Gedenktag

Alle Termine siehe: <https://buechel-atombombenfrei.jimdo.com/kalender/>

Marion Küpker ist in der DFG-VK Internationale Koordinatorin gegen Atombomben und in Büchel eine Ansprechperson für die Aktionsgruppen



geschlossen gegen den UN-Verbotsvertrag von Atomwaffen ausgesprochen haben. Mit dem Friedensnobelpreis erhalten wir neuen Schwung, mit der wir unsere neue Regierung zum Beitritt bewegen müssen. Es gilt endlich auch ein NATO-Land aus dieser unheilvollen Allianz heraus zu brechen!

Der Militärflughafen (Fliegerhorst) Büchel liegt in der Eifel in Rheinland-Pfalz. Dort üben im Rahmen der „Nuklearen Teilhabe“ deutsche Piloten mit Bundeswehr-Tornados, die ca. 20 US-Atombomben ins Zielgebiet zu transportieren und abzuwerfen. Die US-Regierung plant, diese Atombomben ab 2020 durch neue, zielgenauere Atombomben zu ersetzen. Wir sagen: Das ist Aufrüstung.

Deutschland hat sich im Atomwaffensperrvertrag von 1970 verpflichtet, Atomwaffen und auch die Ver-

+++ engagiert für den frieden +++ aktiv gegen krieg +++

Let's make PEACE great again! 30 Jahre Kultur des Friedens

Die Gesellschaft Kultur des Friedens will anlässlich ihres 30-jährigen Bestehens mit einem neuen „Projekt Friedensparlament“ zusammen mit Friedens-Initiativen einen Kontrapunkt zu der vorherrschenden Rüstungs- und Kriegspolitik setzen. Dazu laden wir ein:

8. Mai (Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus), 20 Uhr, Stiftskirche Tübingen · Konzertveranstaltung mit dem Mitgründer Mikis Theodorakis, Konstantin Wecker, Federico Mayor (ehem. UNESCO-Generaldirektor), Felicia Langer (alternativer Nobelpreis) und einer Friedensbotschaft von Michail Gorbatschow, Franz Alt u.a. Künstlern und WegbegleiterInnen der Kultur des Friedens. Durch Spenden sollen Musikprojekte in den Flüchtlingslagern auf der griechischen Insel Lesbos unterstützt werden.

9. Mai 20 Uhr, Landestheater Tübingen (LTT) · Großer Saal – Let's make PEACE Great again! · Projekt „Friedensparlament“

Forum mit Jürgen Grässlin (Rüstungsexperte), Franz Alt (Klimaexperte), Rolf Becker (Schauspieler), Shekib Mosadeq (afghanischer Sänger), Heike Kammer (International Peace Brigades, IPB) und anderen VertreterInnen von Friedensinitiativen. Das Projekt „Friedensparlament“ soll Möglichkeiten für eine aktive Friedenspolitik von unten aufzeigen.

10. Mai 12.00 – 14.00 Uhr · Stuttgart-Möhringen · Plieninger Str. 289 / Friedenskundgebung vor der US-Kommandozentrale AFRICOM

Krieg beginnt hier und muss auch hier gestoppt werden! US-AFRICOM schließen! Die Kommandozentralen US-AFRICOM in Stuttgart-Möhringen und US-EUCOM in Stuttgart-Vaihingen sind Drehscheibe für den weltweiten US-Drohnenkrieg, die Koordinierung von aktuellen NATO-Kriegsmänonövern und Kriegseinsätzen. · Kontakt: Gesellschaft Kultur des Friedens · Welthaus Stuttgart · Charlottenplatz 17

Email: info@kulturdesfriedens.de, www.kulturdesfriedens.de

8. Mai 15 Uhr Gedenken der Naziopfer · Stadtfriedhof / Gräberfeld X - 17 Uhr Friedenskundgebung · Holzmarkt

9. Mai (Geburtstag von Sophie Scholl), Gedenkaktion Weiße Rose · Geschwister-Scholl-Platz · Uni Tübingen Rosenstrauchpflanzung, zur Erinnerung an die Widerstandsgruppe Weiße Rose mit Studierenden und Schülern

„Warum sollen wir Ihnen dieses Mal glauben?“

Salisbury-Mordanschlag: Verständigung ist das Gebot der Stunde

Kate Hudson

Wir waren schockiert von den schrecklichen Ereignissen in Salisbury. Was geschehen ist, bestärkt uns in unserem Engagement: Jegliche Art von Massenvernichtungswaffen – nicht nur Atomwaffen, sondern auch chemische und biologische Waffen – müssen abgeschafft werden. All diese Waffen, welche seit Jahren durch internationales Recht geächtet sind, müssen ein für alle Mal vernichtet werden. Sie sind entsetzliche Waf-

fen aus der Zeit des Kalten Krieges und gehören auf den Müllhaufen der Geschichte. Alle Staaten tragen die Verantwortung, sicherzustellen, dass diese Restbestände vernichtet werden, um zu verhindern, dass sie in die Hände anderer Organisationen oder Einzelperson geraten.

Nun konnte bislang kein Verdacht bestätigt werden. Wir können im Moment nicht mit Sicherheit sagen, wer verantwortlich ist. Und: Wir haben schlechte Erfahrungen in London über äußere Bedrohungen gemacht. So gab es da das zweifel-

hafte Dossier, das auf Lügen und Vermutungen basierte, und mit dem Großbritannien in den Irak-Krieg geführt wurde. Daher sind wir vorsichtig, diese Art Schuldzuschreibungen ohne Beweise vorzubringen.

Unsere Regierung schreibt die Verantwortung Russland zu. Sollte sich dies als richtig erweisen, sollte es dafür also belastbare Beweise geben, dann ist eine Antwort angebracht. Doch unsere Empfehlung ist auch in diesem Fall ein Dialog. Die Chance, die Beziehungen gemeinsam zu verbessern, muss genutzt werden. Es liegt im Interesse eines

jeden Staates, dass Massenvernichtungswaffen vollständig beseitigt werden. In keinem Land der Erde haben die Menschen ein Interesse an einer Eskalation der internationalen Spannungen. Das gilt ganz besonders für die Gegenwart, in der weiterhin eine kleine Zahl mächtiger Staaten immer noch – und in Widerspruch zu den Wünschen und Forderungen der Mehrheit der internationalen Gemeinschaft – über Atomwaffen verfügt.

Der Anschlag zeigt außerdem, wie wichtig es ist, Abstand zu nehmen, von einem neuen Kalten

Krieg und einem neuen nuklearen Wettrüsten. Alle Kernwaffenstaaten sind derzeit dabei, ihre Atomwaffen zu modernisieren und nachzurüsten. Wir stehen damit an der Schwelle zur wechselseitigen Vernichtung. Wir müssen alle Kraft aufbringen, einen Schritt zurück zu machen, um die Rhetorik der Konfrontation zu stoppen. Diese führt geradewegs in eine nukleare Katastrophe.

Kate Hudson ist Generalsekretärin der „Campaign against nuclear weapons (CND), Großbritannien

Der neue Rüstungsteufelskreis ist bedrohlich

Abrüsten statt aufrüsten – für eine neue Friedensbewegung

Michael Müller

Es war nur eine kurze Zeit, in der nach dem Ende der zweigeteilten Welt die Rüstungsausgaben ein wenig sanken. Das

immer mehr Truppen- und Alarmübungen und durch einen Rückfall in die Ideologie des Kalten Krieges. Konflikte werden geschürt und systematisch zugespitzt, statt sie zu entschärfen. Das neue Wettrüsten

(geschätzten) Rüstungsausgaben um 4,7 Prozent. In China liegt der 2017er Anstieg bei rund 6 Prozent. Wobei in absoluten Zahlen die chinesischen Rüstungsausgaben immer noch „nur“ ein Drittel der US-Ausgaben ausmachen. Neben diesen Ländern geben Saudi-Arabien, Großbritannien und Indien das meiste Geld für Militär aus. Danach kommen Russland, Frankreich, Japan und Deutschland. Am stärksten stiegen die Ausgaben in osteuropäischen und baltischen Staaten.

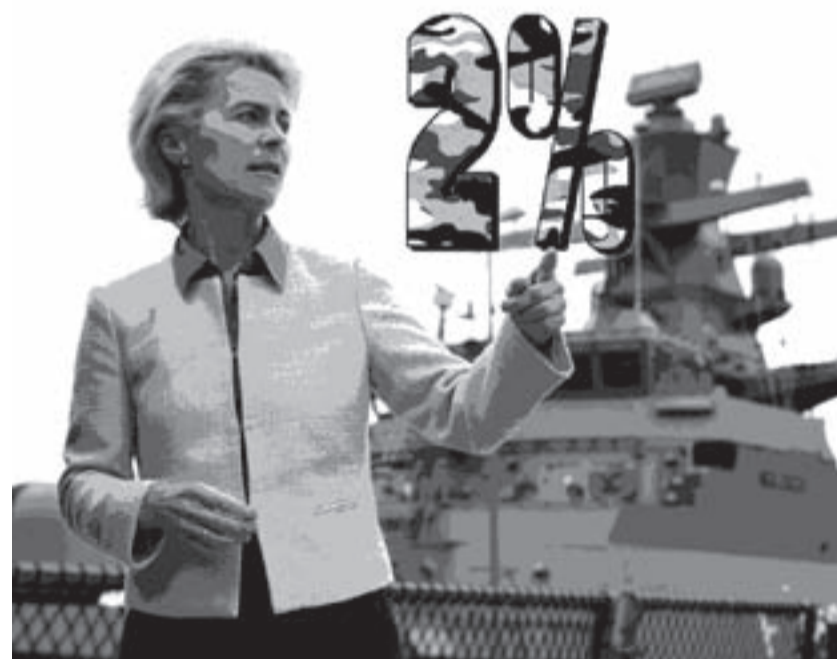
Auch die Bundesregierung will die Rüstungsausgaben drastisch erhöhen. Dabei wollen die Hardliner der NATO-Forderung aus dem Jahr 2014 entsprechen, wonach die

Ausgaben auf zwei Prozent des BIP erhöht und damit die Ausgaben bis 2024 nahezu verdoppeln werden. Das sind rund zusätzliche 30 Milliarden Euro. Dieses Geld würde in wichtigen Bereichen des inneren Friedens fehlen – in den Bereichen Schulen und Kitas, im Wohnungsbau, bei den öffentlichen Verkehrssystemen oder im Bereich Klimagerechtigkeit. Dieser Rüstungssinn muss vor dem Hintergrund der Forderung einer „schwarzen Null“ gesehen werden: Diese stellt ein neoliberales Programm zum Abwürgen öffentlicher Investitionen dar. Wobei diese „Sparforderung“ genau für einen Bereich nicht gilt: für die Militärausgaben. Und natürlich

bleibt hier auch für die Konfliktprävention nicht viel übrig. Pervers ist zudem, dass die Rüstungsausgaben an die Entwicklungsausgaben gekoppelt werden. Also mehr für die Dritte Welt nur, wenn auch mehr für Waffensysteme ausgegeben wird.

Deshalb sagen wir: Stoppt den Unsinn. Wir brauchen eine neue Friedensbewegung! Notwendig ist eine neue Entspannungspolitik – jetzt!

Michael Müller ist seit 1995 Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands und Mitglied der Ortsgruppe Düsseldorf. Er war 1983 bis 2009 für die SPD im Bundestag und von 2005 bis 2009 Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt.



ist längst vorbei. Die Ideologie der militärischen Hochrüstung, die als Sicherheitspolitik ausgegeben wird, ist wieder da. Jeder Anlass – und sei es der selbst erzeugte – wird derzeit genutzt, um mehr Geld für Rüstung zu fordern. Das heißt dann „Modernisierung“ oder „Funktionserhaltung“. Weltweit gehen die Ausgaben hoch. In der gesamten Politik macht sich eine Militarisierung breit. Klar wird: Ohne eine starke Friedensbewegung wird dieser Teufelskreis nicht durchbrochen.

Spätestens seit der NATO-Osterweiterung, dem Ukraine-Konflikt und der Ausweitung des Terrorismus mit einer „Neuordnung der Welt“ ist wieder ein Szenario eines zwischenstaatlichen Kriegs mit schweren Waffensystemen vorstellbar. Dieses Szenario wird konkretisiert durch die Stationierung von Raketensystemen, durch

führt auch dazu, dass allgemein die Angst steigt. Dadurch wiederum werden die Forderungen nach höheren Rüstungsausgaben weiter geschürt.

In dieser Phase leben wir heute. Dabei würde ein Teil der aktuell für Rüstung aufgewandten Gelder schon ausreichen, um die Situation in zentralen Konfliktregionen zu entschärfen und wichtige Beiträge zur Vermeidung neuer Gewalt zu leisten – zum Beispiel durch mehr Klimaschutz.

US-Präsident Donald Trump steht an der Spitze derjenigen, die diese irrationale Logik betreiben, die vor allem Militärs und Rüstungskonzerne erfreut. Die Rüstungsspirale dreht sich immer schneller. Seit Jahren überbieten sich in den USA Kongress und Präsident, mehr Geld ins Militär zu stecken. Im letzten Jahr stiegen in den USA die

+++ aktiv gegen krieg +++ engagiert für den frieden +++

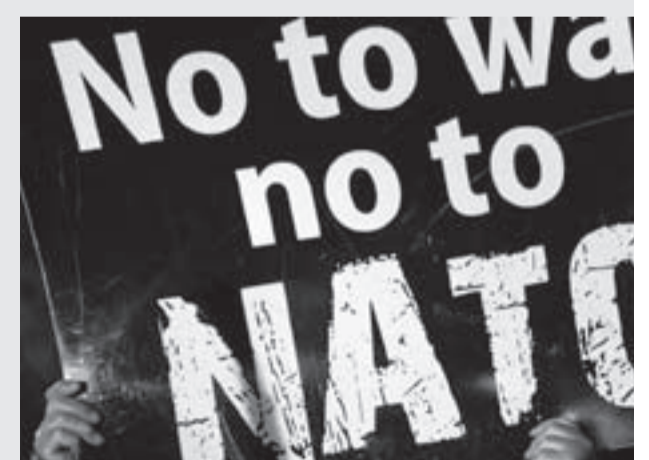
Aktionen gegen die Nato – und gegen Nato-Gifel

Am 11. und 12. Juli 2018 findet der nächste NATO-Gipfel in Brüssel statt. Das Internationale Netzwerk *No to war – no to NATO* wird – gemeinsam mit anderen Friedensgruppen und wie seit 2009 bei allen NATO-Gipfel – mit Protestaktionen präsent sein. Wir setzen uns gegen weitere Aufrüstung und Militarisierung zur Wehr.

Mit einer großen, bunten und vielfältigen Demonstration werden wir dort unsere Forderungen an unsere Regierungen klar machen: Austritt aus der Nato! Auflösung der NATO! Darüber hinaus verweisen wir auf die Gefahren, die mit der weiteren Aufrüstung (2% des BIP fürs Militär!), mit der Modernisierung der Atomwaffen und mit der Ausweitung des „Krieges gegen den Terror“ verbunden sind. Das Überleben der Menschheit und des Planeten ist bedroht!

Der wachsende Militarismus lässt weltweit den Ruf der Menschen nach Alternativen laut werden. Darüber werden wir am 8. Juli auf einem Gegengipfel mit internationalen Referierenden diskutieren.

Während des Gipfels werden wir mit Aktionen präsent sein. Am 11. Juli – dem Tag des offiziellen Gipfels – wollen wir um 17 Uhr in vielen Hauptstädten der



NATO-Mitgliedsländern in Europa und in den USA auf die Straße gehen, um zur weiteren Delegitimierung der NATO beizutragen.

Am 14. April 2018 findet in Düsseldorf ein Mobilisierungstreffen für die deutsche Beteiligung statt. Den Aufruf zu den Aktionen, weitere Informationen und Materialien gibt es auf den Webseiten „no-to-nato.org“ und „no-to-nato.de“.

Kristine Karch, Co-Sprecherin internationales Netzwerk „No to war – no to NATO“.

+++ engagiert für den frieden +++ aktiv gegen krieg +++

Die EU wird in eine Aufrüstungsunion umgewandelt

Das Projekt PESCO wurde klammheimlich beschlossen

Heike Hänsel

Im Laufe der vergangenen zwei Jahre hat sich bewahrt, wovon Friedensbewegung und LINKE immer wieder gewarnt haben: Die Europäische Union wandelt sich in Riesenschritten zu einer Militärunion mit imperialer Ausrichtung. Motor dieser Entwicklung sind Deutschland und Frankreich. Das zentrale Vorhaben ist die Schaffung einer sogenannten Europäischen Verteidigungsunion. Dieser Euphemismus soll die eigentliche Intention verschleiern: Eine aufgerüstete EU, mit deren Hilfe die wirtschaftlichen Interessen weltweit militärisch durchgesetzt werden können.

Zwei Projekte sollen den Weg zur „Verteidigungsunion“ ebnen. Zum einen ist das die Schaffung eines Europäischen Verteidigungs-

fonds (EVF), zum anderen die Gründung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ oder PESCO). Im Mittelpunkt steht die Förderung der europäischen Rüstungsindustrie. Mit ihr soll die „Wettbewerbsfähigkeit“ auch auf diesem Gebiet „gesichert“ und ein Binnenmarkt für Rüstung auf EU-Ebene verwirklicht werden. Auf dem Weg zu einer EU-Armee sollen sich die EU-Mitgliedsländer vermehrt an EU-Militärmissionen beteiligen. Diese neue Entwicklung hat sich in den letzten eineinhalb Jahren – seit der Verabschiedung einer neuen außen- und sicherheitspolitischen „Globalstrategie“ der EU Mitte 2016 – enorm beschleunigt. Eine wichtige Rolle spielte hier auch die „Brexit“-Entscheidung in Großbritannien; denn London hatte eine Militärunion der EU stets abgelehnt.

Der militärische Umbau der EU

wird derzeit in kurzer Zeit durchgepeitscht – ohne jegliche demokratische Entscheidungsfindung. Im vergangenen November haben Vertreter von 23 Mitgliedsstaaten ihre Teilnahme an PESCO bestätigt und damit sozusagen eine militärische Kernunion geschaffen. Das bisherige Prinzip der Einstimmigkeit bei Entscheidungen zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde damit abgeschafft.

Die geschäftsführende Bundesregierung in Berlin hat sich diesem folgenschweren Vorhaben nicht nur angeschlossen. Sie hat dabei den Bundestag auch übergangen. Es lag an der LINKEN, überhaupt eine Debatte im Parlament zu erkämpfen. Dänemark und Malta stimmten übrigens gegen PESCO. Sie werden in der Militärunion nicht dabei sein. Es geht durchaus auch anders.

Ein Großteil der EU-Staaten zementiert damit auf undemokratische Weise eine verfehlte und fatale Politik, die auf den Ausbau von militärischen Strukturen setzt anstatt endlich eine europäische Sozial- und Wirtschaftspolitik und die damit zusammenhängenden Investitionen zu fördern. In das PESCO-Projekt sollen im Zeitraum 2021 und 2027 bis zu 38,5 Milliarden EU-Gelder fließen. Wobei dies nur ein Bruchteil der gesamten Militarisierungsausgaben ist. Denn zugleich wird die Zielsetzung der NATO, wonach jedes Nato-Mitgliedsland zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung aufzuwenden hat, durch die Hintertür eingeführt. Auf diese Weise soll in den kommenden Jahren eine Summe von mehreren hundert Milliarden Euro in Militär und Rüstungsindustrie geschleust werden.

Gleichzeitig wachsen Armut und Arbeitslosigkeit in den Mitgliedsstaaten weiter an.

Was Europa angesichts des Auftriebs rechtskonservativer und neofaschistischer Kräfte braucht, sind eine Wiederherstellung des Sozialstaates und die Garantie wirtschaftlicher Perspektiven für die Menschen. Notwendig ist eine gemeinsame Außenpolitik, die nicht gegen Russland aufrüstet, sondern auf Verständigung und vertrauensbildende Maßnahmen setzt. Ein wichtiger Schritt dafür wäre der Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen von NATO und PESCO!

Heike Hänsel ist MdB von der Partei DIE UNKE und stellvertretende Fraktionsvorsitzende



„Macht uns Russland nicht zum Feind!“

Europa steht nur Minuten vor einem großen Krieg

Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann

Manches erinnert an die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Damals schufen imperialistische Konkurrenz, Wettrennen und Militarismus ein spannungsgeladenes Klima. Krieg lag in

der Luft. Das Attentat von Sarajewo war dann nur sein Auslöser. Imperialistische Konkurrenz angesichts des Aufstiegs von neuen Weltmächten und dem tendenziellen Niedergang von alten und die anderen Merkmale treffen auch auf das Heute zu. Welcher (Mord-)Anschlag wird den nächsten großen Krieg auslösen?

Der Giftmord von Salisbury wohl eher nicht; wahrscheinlich bedarf es noch mehr Feindschaft, ehe es soweit kommt. Deshalb muss die Feindschaft gegen Russland, denn um die geht es in den letzten Jahren, gestoppt werden. Jetzt.

Eine Woche nach dem Giftattentat auf den russischen Doppel-

agenten Skripal und seine Tochter hatten bereits Großbritannien, die USA, Deutschland, Frankreich und die NATO von Russland ultimativ verlangt, sich für diesen Anschlag schuldig zu bekennen. Nun müssen diejenigen, die ein Ultimatum verhängen, bei Verstreichen der Frist die Strafe durchsetzen – oder sie verlieren das Gesicht. So sind schon weitere Sanktionen angedroht. Die Fußballweltmeisterschaft befindet sich im Fadenkreuz. Das alles hat mit Diplomatie nichts zu tun. Dies birgt vielmehr in sich die Gefahr weiterer unberechenbarer Reaktionen von allen Seiten. Etwa durch die Trump-Kopie in der Downing-Street, den britischen Außenminister Boris Johnson. Dieser erklärte, Präsidenten Putin persönlich sei „äußerst wahrscheinlich“ für den Salisbury-Anschlag verantwortlich. Er hat dafür keinerlei Beweis.

Die Absicht ist klar: Russland soll zum Outlaw der Weltgemeinschaft, zum Rechts- und Gesetzesbrecher gestempelt werden. Genau so wie dies 1990 mit Saddam Hussein und 1998/99 mit Slobodan Milosevitsch erfolgte. Auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen über die Krim wurde gegenüber Russland eine lange Kette von angeblichen Verfehlungen aufgemacht: Manipulation der US-amerikanischen Wahlen ... Weltweite Hackerangriffe ... All das ist hoch spekulativ. Dazu passt jetzt das Nervengift in Salisbury.

Dagegen helfe, so der Westen, nur militärische Stärke, Aufrüstung, Modernisierung von Atomwaffen, Militarisierung der Europäischen Union, Ausweitung des NATO.

Beson-pikant und fatal ist dabei: Derzeit wird laut nachgedacht über eine Inkraftsetzung von Artikel 5 des Nato-Vertrages, der einen bewaffneten Angriff auf einen oder mehrere NATO-Staaten unterstellt. Damit wären alle Nato-Staaten zum unbedingten, auch militärischen Beistand verpflichtet. Selbst wenn man unterstellt, was wir zurückweisen, dass die Vorwürfe gegen Russland im Fall Salisbury zutreffend sind, macht es doch einen gewaltigen Unterschied, ob es sich um einen Mord im Agentenmilieu handelt oder um einen militärischen Angriff eines Staates auf einen anderen.

Wem nützt dieses Schmierentheater? Die Bastion der Überzeugung, dass Sicherheit in Europa – und das heißt Frieden in Europa – nur mit Russland und nicht gegen Russland zu erreichen ist, soll geschliffen werden. Aufrüstung im Westen zieht, so ist zu befürchten, Aufrüstung im Osten nach sich. Die neuen Waffensysteme, die der russische Präsident Putin vorgestellt hat, können wahrscheinlich ein Gleichgewicht des Schreckens zeitweilig wiederherstellen. Doch diese Logik führt zum Totrücken. Sie kann durchbrochen werden durch Abrüstung, einschließlich einseitiger Abrüstungsschritte.

Die Friedensbewegung in ihrer Vielfalt und auch in ihren Widersprüchen sollte lieber den Vorwurf einer Russlandfreundlichkeit ertragen, als auf aggressive Russlandfeindlichkeit einzuschwenken. Dies ist sicherlich nicht einfach, aber vernünftig.

+++ aktiv gegen krieg +++ engagiert für den frieden +++

Afrin verteidigen - Solidarität mit Rojava – es geht auch um uns!

Unzählige Versammlungen und Demonstrationen haben zur Verteidigung der kurdischen selbstverwalteten Gebiete in Syrien, von Rojava, in den vergangenen Wochen stattgefunden. Die größte mit rund 20.000 Menschen am 3. März in Berlin.

Während in anderen europäischen Ländern große Kundgebungen völlig ungehindert stattfinden, wirkt die Bundesregierung als verlängerter Arm Erdogans gegen die kurdische Bevölkerung. So werden hierzulande demokratische Rechte willkürlich außer Kraft gesetzt: Versammlungsverbote, Polizeischikanen, Strafanzeigen, Hausdurchsuchungen ... Dabei wird dieselbe unbewiesene Behauptung vorgetragen, die Erdogan einsetzt: Es gehe um „Unterstützung der PKK“. Vorgewandt wird gegen Menschen, die mit YPG-Fahnen ihre Solidarität zum Ausdruck bringen. Vorläufig trauriger Höhepunkt ist die Beschlagnahme kurdischer Literatur trotz Meinungsfreiheit. Auch das Verbot der Newroz-Feier in Hannover ist eine Parallele zu den Verboten in der Türkei.

Eine weitere zentrale Aktion findet demnächst in Berlin statt: Anlass ist die Jahreshauptversammlung von Rheinmetall. Der Rüstungskonzern fädelt einen Deal mit der Türkei ein, um dort 1000 Panzer zu bauen. Es geht um einen Auftrag im Gesamtwert



von 7 Milliarden Euro. Bereits heute sind es vor allem auch Panzer aus deutscher Produktion, mit denen die türkische Armee in Syrien eingerückt ist und gegen die kurdische Bevölkerung vorgeht.

Jetzt erst recht: Druck auf Bundesregierung und Kriegspoliteure!

Die Protestkundgebung beginnt am 8. Mai vor dem Hotel Maritim Berlin, Stauffenbergstr. 26 (Tagungsort der Hauptversammlung), um 9 Uhr. Veranstalter ist „Legt den Leo an die Kette“.

+++ engagiert für den frieden +++ aktiv gegen krieg +++

Es geht auch anders

Zivile Alternativen zum Militär

Kathrin Vogler

Aktuell befindet sich die Bundeswehr in 17 Auslandseinsätzen. Ob in Afghanistan, im Irak, in Mali, Syrien oder im Südsudan: Die Begründungen für diese Einsätze ähneln sich. Die Militärinterventionen sollen „Sicherheit schaffen“ – „für die Zivilbevölkerung“, „für humanitäre Hilfe“ oder „für Seewege und Sicherung von Grenzen“.

Frieden schaffen mit NATO-Waffen? Die Realität sieht anders aus. In Afghanistan etwa lebt die Zivilbevölkerung in ständiger Angst vor Anschlägen. In Syrien lässt man den NATO-Partner Türkei

ungehindert kurdische Dörfer und Städte beschießen. Und im Irak hat man zunächst kurdische Peschmerga bewaffnet und ausgebildet, um nun auch noch die irakische Armee zu unterstützen, die mit diesen im Konflikt liegt.

Dass Militär keinen Frieden und oft noch nicht einmal Sicherheit schaffen kann, das liegt auf der Hand. Was aber tun?

Aufgezeigt, was möglich ist, haben dies beispielsweise die unbewaffneten zivilen Peacekeeper der Nonviolent Peaceforce im Südsudan. Durch Präsenz, Begleitung und Vermittlungen haben sie die Sicherheitslage insbesondere von Frauen deutlich mehr verbessert als die hochgerüsteten Soldaten der UN-

Mission UNMISS. Sie haben Konflikte zwischen Dörfern geschlichtet und die lokale Bevölkerung in Friedensprozessen unterstützt.

Ein anderes Beispiel ist die UN-Einheit zur Mediationsunterstützung. Sie stellt auf Anfrage in kürzester Zeit hochrangige und qualifizierte Vermittlerinnen und Vermittler zur Verfügung, die mit den Konfliktparteien einen Waffenstillstand oder ein Friedensabkommen aushandeln können. Das Problem: Sie ist chronisch unterfinanziert. Dabei könnte sie ihre fruchtbare Arbeit mit einem Bruchteil der Mittel für Blauhelmeinsätze erheblich ausweiten.

Ansätze wie diese werden aber entwertet, wenn ihr Handeln in eine

militärfixierte und primär von geostrategischen Interessen bestimmte Politik eingebettet wird. So werden sie missbraucht, um das Gewissen der Verantwortlichen in der Politik und eine kritische Öffentlichkeit zu beruhigen.

Notwendig ist, diese als überzeugende Alternative zum Militär zu erkennen und anzuerkennen. Sie mit genügend finanziellen Mitteln und qualifiziertem Personal auszustatten und in ein umfassendes Konzept von Abrüstung, Deeskalation und Friedensförderung einzubetten.

Es hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, statt lokaler Eliten säkulare und feministische Akteure in Friedensprozesse einzubeziehen.

Wirksame Konflikttransformation bedeutet, dass man die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen vor Ort organisatorisch und finanziell unterstützt, um die vorhandene zivilgesellschaftliche Expertise zu stärken und in die Konfliktbearbeitung einzubinden. Und man muss mit allen, auch gewalttätigen Akteuren reden, denn ohne Frieden keine Sicherheit für die Zivilbevölkerung.

Kathrin Vogler ist Mitglied des Deutschen Bundestages, friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Nach Afrin droht der Angriff auf Aleppo

Endphase des Syrien-Kriegs und die geostrategischen Interessen

Nilüfer Koç

Sieben Jahre dauert der Krieg in Syrien nun an. Millionen sind auf der Flucht, mehr als 500.000 wurden getötet. Und immer wieder hat sich dieser Krieg verändert. Es entstehen neue Allianzen, Fronten verschieben sich, Terrormilizen wie der „Islamische Staat“ (IS) tauchen auf, Großmächte wie Russland, Türkei und die USA greifen ein. Der völkerrechtswidrige Angriff auf Afrin ist ein Symbol für die letzte Runde des Krieges in Syrien. Auf dem Weg zum Verhandlungstisch geht es darum, geostrategisch wichtige Positionen für die spätere Aufteilung zu besetzen. Für die nackten Interessen von Weltmächten und Regionalmächten wurde die Bevölkerung Afrins von Russland, den USA, der EU und von Saudi-Arabien auf die Schlachtbank von Erdoğan und seinem mörderischen Militär gelegt.

Seit dem 20. Januar 2018 steht der kurdisch dominierte Kanton Afrin in Nordwestsyrien unter türkischem Beschuss. Als Kanton der Demokratischen Föderation Nordsyrien (DFNS) war Afrin eine sichere Fluchtregion für Menschen arabischer Herkunft, christlichen und jesidischen Glaubens, die vom Islamischen Staat (IS) verfolgt werden.

Erdoğan hatte bereits 2017 mehrmals signalisiert, er werde einen „kurdischen Korridor zum Mittelmeer“ nicht zulassen. Auf diplomatischen Kanälen hatte er sich Russland und den USA aufgedrängt, um die Erlaubnis für den Angriff auf Afrin zu bekommen. In der dritten Januarwoche 2018 wurde ihm grünes Licht gegeben, Afrin unter Beschuss zu nehmen, um den Kanton zu schwächen. Erdoğan sprach damals selbstsicher davon, Afrin binnen einiger Tage plattzumachen. Andere Regierungen bestätigten



Erdoğan im Grunde diplomatisch mit Phrasen wie „Wir verstehen die Bedenken der Türkei...“

Wer Afrin kontrolliert, wird über die künftige Energieroute bestimmen

In weltpolitischer Hinsicht entscheidet die Schlacht um Afrin maßgeblich die Zukunft Syriens. Über Afrin erhält man Zugang zum Mittelmeer. Auf dieser Route können später Erdöl und Erdgas nicht nur aus Nordsyrien und dem Nordirak (Südkurdistan), sondern auch aus dem asiatischen Raum – unter anderem aus dem Iran und Russland – einfacher und kostengünstiger auf den Weltmarkt gebracht werden. Mit Äußerungen wie der zitierten, er werde „keinen kurdischen Korridor zum Mittelmeer dulden“, positionierte sich Erdoğan mehrmals öffentlich zu Afrin. Bereits 2015 hatte Erdoğan seinen Hass auf Kurdinnen und Kurden mit Sätzen demonstriert wie „Selbst wenn im All zehn Kurden zusammenkommen, wird dies die Türkei stören“. Damit hatte er damals den Krieg gegen Kobanê legitimiert.

Afrin symbolisiert sozusagen die Endphase des Krieges in Syrien, dem ein diplomatisches Feilschen folgen wird. In dieser letzten Runde wollen die verschiedenen Inter-

essengruppen in einigen geostrategisch wichtigen Regionen mit Blick auf die spätere Aufteilung ihre Pflöcke in den Boden rammen. Genauso wie sich die USA und Russland die Kontrolle über Syrien aufteilen wollen, besteht Erdoğan darauf, dass die Türkei rechtmäßige Erbin Nordsyriens als ehemalige osmanische Provinz sei. Er hatte

versprochen, diese Region bis zum hundertsten Jahrestag des Vertrages von Lausanne, also 2023, zu annektieren.* Er aktivierte dabei sämtliche Al-Qaida-Gruppen, um den Krieg in Afrin zu gewinnen, »koste es, was es wolle«. Nach der Einnahme von Afrin – und wenn sich die türkische Armee dort halten kann –, wird Erdoğan aktiv werden, um auch

Aleppo zu annektieren. Der Verlauf des Krieges in Syrien wird auch seine Zukunft bestimmen. Er hat in den letzten sieben Jahren sehr viel in diesen Krieg investiert. Daher ist der Widerstand in Nordsyrien zugleich Teil des Kampfes für die Einheit ganz Syriens.

Der Text ist Teil eines längeren Beitrages von Nilüfer Koç. Koç ist der Ko-Vorsitzende des Nationalkongresses Kurdistan (KNK). Übernommen mit Zustimmung von <http://civaka-azad.org/> t „_blank“ Civaka Azad

* Der Vertrag von Lausanne wurde am 24. Juli 1923 zwischen der Türkei, sowie Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Griechenland, Rumänien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen geschlossen. Mit diesem Vertrag konnte die Türkei die Bestimmungen des nach dem Ersten Weltkrieg abgeschlossenen Vertrags von Sèvres teilweise nach ihren Vorstellungen revidieren.



+++ aktiv gegen krieg +++ engagiert für den frieden +++

Streitschlichtung als Beitrag zum Frieden im Schulalltag!

„Kriege werden von Menschen gemacht. Frieden auch.“ Das ist das Motto des Frauennetzwerks für Frieden (FNF). Frieden wird dabei nicht nur auf internationalen Konferenzen gemacht, sondern er beginnt hier, bei uns selbst, in der Familie und in der Schule. An vielen Schulen gibt es bereits erfolgreiche Streitschlichtungsprogramme. Das FNF hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese friedliche Form des Konfliktaustrags zu fördern. Die vom FNF organisierten Streitschlichtungstreffs für alle Schulen der Region Bonn/Rhein-Sieg/Erft werden begeistert aufgenommen. Sie bieten Lehrkräften und den Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit, sich über Erfolge und Schwierigkeiten auszutauschen, sich zu vernetzen und unter Anleitung eines professionellen Training-Teams weiterzubilden.

Ziel der Streitschlichtung ist, den Streitenden zu helfen, ihre Konflikte gewaltfrei und kreativ, gerecht und sensibel zu lösen. Die Jugendlichen und Lehrkräfte, die sich dafür gemeinsam engagieren, leisten einen wichtigen Beitrag für mehr Frieden im Schulalltag. Und nicht nur dort: Auch außerhalb der Schule wenden die Jugendlichen bereits jetzt ihre Fähigkeiten zur Vermittlung von Konflikten an. Sie nehmen diese in ihr weiteres Leben mit, wo sie dann in der Familie, der Gesellschaft, am Arbeitsplatz einen friedensstiftenden Beitrag leisten können. Und wer weiß: Vielleicht sitzen irgendwann genau diese ehemaligen Schülerinnen und Schüler einmal an den großen Konferenztischen dieser Welt. Sie setzen sich dann ein für Frieden. Und gegen den Krieg.

Heide Schütz, Vorsitzende Frauennetzwerk für Frieden e.V., und Elise Kopper
Mehr Infos unter: www.frauenetzwerk-fuer-frieden.de/themen/streitschlichtung

+++ engagiert für den frieden +++ aktiv gegen krieg +++

Ein Appell und sein Umfeld von Rüstung, Armut und Klimaerwärmung

So notwendig: „abrüsten statt aufrüsten“

Reiner Braun

S ozusagen in das „materielle Herz“ der aktuellen Kriegs- und Aufrüstungsaktivitäten soll der Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ treffen. Knapp zusammengefasst heißt der am 6. November 2017 erstmals veröffentlichte Aufruf: Nein zum NATO-Ziel „2% des BIP für die Rüstung“ – Abrüstung ist das Gebot der Stunde!

Was verbindet diese gesellschaftliche Koalition so unterschiedlicher Kräfte? Es ist die Sorge um den Frieden und die Einsicht in die Ge-

fahren einer hemmungslos fortgesetzten Aufrüstung bis hin zu einem großen, alles vernichtenden Krieg.

Wie heißt es im Aufruf: „Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die [...] bei Schulen und Kitas [...], Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, [...] Alterssicherung, [...] Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe [...] fehlen.“ Spätestens im 21. Jahrhundert können wir uns Hochrüstung nicht mehr leisten. Sicherheit kann nur noch buchstabiert werden als: sozial & ökologisch, kooperativ & abgerüstet – in einer gerechteren

Welt. 2016 verabschiedete die UN die Pläne gegen Hunger, Armut, für Wasserzugang und Erziehung für alle, zusammengefasst als Sustainable Development Goals (SDG). Großartig – doch ohne Finanzierung ist alles fast nichts. Die UN beziffert die dafür benötigten Ausgaben auf rund 300 Milliarden Dollar pro Jahr! Die Herausforderungen durch Klimaveränderung sind weltweit täglich stärker spürbar. Um diesen gerecht zu werden, hat die UN einen Green Climate Fund aufgelegt. Bis jetzt gibt es Zusagen von 37 Milliarden. Ein Tropfen auf den heißen Stein!

Woher soll das Geld für die Ärmsten der Armen und für die Bekämpfung des Klimawandels kommen, wenn nicht von der Rüstung? 2016 wurden weltweit 1572 Milliarden US-Dollar für Rüstung ausgegeben. Bereits mit der Hälfte dieser Summe ließen sich alle UN-Programme gegen Hunger und für Klimaschutz finanzieren.

Abrüstung und Schritte hin zu einer Welt ohne Militärblöcke und Krieg wird es nur durch das aktive Handeln der Menschen gegen die Interessen von wenigen Rüstungsprofiteuren geben. Zu diesem Handeln will der Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ einen Beitrag leisten.

Der gegenwärtige Zustand der Friedensbewegung ist nicht zufriedenstellend. Wir wissen: Nur wir können diesen Zustand ändern. Beschlüsse von Gewerkschaften,



Initiativen und Parteien, mehr und aktiv Unterschriften zu sammeln, sind ermutigende Zeichen. Ohne eine starke Friedensbewegung wird es keine Abrüstung geben. Deshalb müssen wir auf den Straßen und Plätzen für Frieden demonstrieren. Beim Ostermarsch. Nach Ramstein. In Berlin. Mit neuen großen Aktionen.

Der Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ mit inzwischen knapp 30.000 Unterschriften ist kein schlechter Auftakt. Aber auch nicht mehr. Jede Unterschrift unter dem Appell ist ein kleines Mosaiksteinchen für das große Welt-Bild: FRIEDEN.

Reiner Braun, Co-Präsident des Internationalen Friedensbüros (IPB)

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Im Folgenden eine *sehr kleine* Auswahl aus den Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichnern:

Franz Alt, Schriftsteller · **Dieter Maschine Birr**, (Ex Puhdys), Musiker · **Frank Bsirske**, Vorsitzender von ver.di · **Annelie Buntenbach**, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB · **Daniela Dahn**, Schriftstellerin · **Renan Demirkan**, Schauspieler, Autorin · **Reiner Hoffmann**, DGB-Vorsitzender · **Margot Käbmann**, Theologin · **Udo Lindenberg**, Musiker · **Michael Müller**, Vorsitzender NaturFreunde Deutschlands, ehem. Staatssekretär im Umweltministerium · **Wolfgang Niedecken**, Musiker, Sänger (BAP), Maler, Autor · **Prof. Dr. Norman Paech**, Völkerrechtler · **Prof. Dr. Gesine Schwan**, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission · **Dr. Christine von Weizsäcker**, Biologin, Präsidentin von Ecoropa · **Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker**, ehem. Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie · **Konstantin Wecker**, Musiker, Komponist · **Prof. Dr. Hubert Weiger**, Vorsitzender des BUND · **Dr. Christa Wichterich**, Soziologin, Publizistin · **Heidmarie Wiczorek Zeul**, Bundesministerin a.D.

Listen zum Herunterladen und weitere Informationen: www.abruesten.jetzt
Spendenkonto: Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. ·
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90 · Stichwort: Abrüsten (steuerabzugsfähig)
Unterschriftenliste anfordern bzw. Unterschriften senden an: Netzwerk Friedenskooperative · Römerstraße 88 · 53111 Bonn oder Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt · Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77 · 60329 Frankfurt a.M.

Aufstieg der AfD – unsere Aufgaben

Bündnisse gegen rechts sind Bündnisse für den Frieden

Ulrich Sander

M it der Fortsetzung der Großen Koalition ist auch die Fortsetzung der Politik von Aufrüstung, militärischer Einmischung und großen Rüstungsexporten verbunden. Die Führung der parlamentarischen Opposition ging von der Partei „Die Linke“ an die rassistisch-völkische militaristische AfD über. Da ist es dringend notwendig, dass die außerparlamentarische und demokratische Opposition wächst.

Der Aufstieg der Rechten geht

einher mit neuem Hochrüsten und wachsender Kriegsgefahr. Die AfD geht von einer natürlichen ökonomischen und politischen Dominanz Deutschlands in Europa aus. Sie fordert »mehr Gestaltungsmacht und Einfluss« innerhalb der NATO. Die AfD ist für eine Erhöhung der Militärausgaben. Sie strebt eine weltweit einsetzbare Kriegsführungsarmee an, will die Wehrpflicht wieder einführen und die Militarisierung der Gesellschaft vorantreiben. Die AfD zeigt sich offen für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Die Abwehr der Flüchtlinge, die Opfer der Kriegsführungs- und Aufrüstungspolitik von NATO und EU sind, sieht die AfD als militärische Aufgabe an. Das geht bis zur Forderung nach dem Schießbefehl an deutschen Grenzen.

Im Grundsatzprogramm der AfD tritt diese dafür ein, „dass jedes Engagement in der NATO im Einklang mit den deutschen Interessen steht.“

Nach bislang nicht veröffentlichten Untersuchungen sind gut ein Drittel der Bundeswehrsoldaten Anhänger der AfD. Dass sich die Bevölkerung mit „ihren Soldaten“ und „ihrer Bundeswehr identifiziert“, das streben die AfD-Militaristen an. Im AfD-Grundsatzprogramm wird weiter gefordert, mit Hilfe der

Streitkräfte „das Bewusstsein für die wehrhafte Demokratie“ wiederzu beleben. Dazu gehöre „ein breites Potential an Reservistendienstleistenden“.

AFD-Parteichef Gauland hat öffentlich die Vorbildfunktion der Reichswehr wie der Nazi-Wehrmacht für das heutige Militär betont. Damit wird die über hundertjährige Traditionslinie rechter antidemokratischer und militaristischer Bewegungen aufgenommen. Diese Kräfte hatten nie eine scharfe Trennungslinie zur Nazibewegung. Sie waren vielmehr mitverantwortlich für deren Aufstieg, für Krieg und Völkermord.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) als Teil der deutschen Friedensbewegung strebt die enge Zusammenarbeit von antifaschistischer Bewegung und den Kräften an, die sich gegen Krieg, Rüstung und Militarisierung wenden. Es ist eine gute Entwicklung, wenn Bündnisse gegen rechts sich immer mehr auch als Bündnisse gegen den Krieg verstehen.

Ulrich Sander ist Bundessprecher der VVN-BdA

+++ aktiv gegen krieg +++ engagiert für den frieden +++

DGB Nord fordert: Abrüstung jetzt!

Die Militärinterventionen der letzten Jahrzehnte, etwa in Afghanistan, haben zu Opfern und Zerstörungen geführt. Sie haben den Extremismus gefördert. Millionen von Menschen haben Heimat und Existenzgrundlage verloren. Als Organisation der arbeitenden Menschen vertreten die Gewerkschaften auch das Interesse an der Sicherung des Friedens. Sie verstehen sich deshalb als natürlicher Teil der Friedensbewegung und fordern gemeinsam mit anderen Friedenskräften von Bundesregierung und Bundestag:

Abrüstung und Verwendung der Rüstungs- und Kriegsmilliarden für soziale Zwecke! Keine Rüstungsexporte in Krisenregionen und langfristiger Stopp aller Rüstungsexporte und Rüstungsproduktionen! Konsequente Ablehnung der geplanten Stationierung neuer US-Atomwaffen in Büchel. Schluss mit allen Auslandseinsätzen ohne UN-Mandat! Keine Beteiligung Deutschlands am Konfrontationskurs der NATO gegen Russland! Frieden in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland. Solidarität mit Geflüchteten!

DGB Nord · Hier stark gekürzter Aufruf – der komplette Text siehe: www.nord.dgb.de

+++ engagiert für den frieden +++ aktiv gegen krieg +++